



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
OMGUS-Umfragen: Trends in der deutschen öffentlichen Meinung (1945-47)

Zwischen Oktober 1945 und April 1947 führten die Amerikaner in ihrer Zone sowie in den amerikanischen und britischen Sektoren Berlins eine Serie von Umfragen durch, die insgesamt mehr als 75.000 Personen erfassten. Die Umfragen deckten verschiedene Themen wie die Wirtschaftslage, Politik und die Zukunft Deutschlands ab.

Trends in der deutschen öffentlichen Meinung

Befragte: Die Zahl der Befragten variierte zwischen 365 in der ersten Erhebung und 3500 Personen, die im April 1947 befragt wurden; insgesamt wurden in der amerikanischen Zone und im amerikanischen und britischen Sektor Berlins 75 000 Personen befragt.

Untersuchungszeitraum: In der Zeit vom 26. Oktober 1945 bis 7. April 1947 wurden vierzig vollständige Erhebungen in der amerikanischen Zone sowie weitere 23 Untersuchungen kleineren Umfangs und in begrenzten Gebieten durchgeführt (43 Seiten).

Dieser Bericht fasst in anschaulicher Form maßgebliche Trends in den amerikanisch besetzten Gebieten zu folgenden Hauptthemen zusammen: Wirtschaftslage, Ernährung, die Besatzung, Nürnberger Prozesse, Medien, Politik und Neuorientierung.

Wirtschaftslage. Der Anteil der Bevölkerung, der sein Einkommen für ausreichend hielt, blieb zwischen November 1945 und Juli 1946 konstant, begann aber danach zu sinken. Die allgemeine Erwartung steigender Preise erhöhte sich zwischen Januar und Juni 1946 stark; die Hälfte der Bevölkerung war davon überzeugt, dass inflationsdämpfende Maßnahmen nicht greifen würden. Im Dezember 1945 meinten fast acht von zehn Personen, die Lage würde sich innerhalb von sechs Monaten verbessern, während im April 1947 nur 45 Prozent dieser Meinung waren. Das Vertrauen in den Wert der Reichsmark ging nach April 1946, als 54 Prozent noch zuversichtlich waren, konstant zurück; im Oktober 1946 erwarteten 43 Prozent eine Schwächung der Reichsmark. Zwischen April und Oktober 1946 sank das Vertrauen sowohl in das Alliiertengeld als auch in die Deutsche Reichsmark, wobei mehr als die Hälfte keinen Unterschied zwischen den beiden Währungen erkennen konnte.

Ernährung. Obwohl es viele Klagen über die Lebensmittelrationierung gab, waren fast alle mit der Umsetzung des Markensystems einverstanden, mit Ausnahme einer geringfügigen Abschwächung zwischen November 1945 und Mai 1946 von 93 auf 88 Prozent. Dass in manchen Zonen mehr rationiert werde als in anderen, war eine Meinung, die sich im Mai 1946

(47%) gegenüber März (60%) abschwächte. Zwischen November 1945 und April 1947 machten sich die Menschen um die Ernährung mehr Sorgen als um irgendetwas anderes, Stadtbewohner dreimal häufiger als Menschen in ländlichen Gebieten; diese klagten wiederum doppelt so oft als die Stadtbewohner über einen Mangel an Kleidung und Schuhen.

Die Besatzung. Im November 1945 meinten 70 Prozent der in der amerikanischen Zone Befragten, die amerikanische Besatzungsmacht hätte den Wiederaufbau Deutschlands vorangetrieben; bis September 1946 war dieser Anteil auf 44 Prozent gesunken. Gleichzeitig gab es eine stetig wachsende Gruppe, die dazu überhaupt keine Meinung hatte, und in den letzten beiden Erhebungen nahm der Anteil derer, die meinten, die Amerikaner hätten den Wiederaufbau behindert, stark zu.

Nürnberger Prozesse. Eine starke Mehrheit von etwa acht von zehn Personen hielt die Durchführung der Prozesse für gerecht. Die Lektüre von Zeitungsberichten über die Prozesse sank von einem Höchststand von acht von zehn Personen im Januar 1946 auf 65 Prozent im März, und stieg dann einen Tag nach der Veröffentlichung der Urteile wieder auf die ursprüngliche Zahl an. Während der Prozesse sank das Vertrauen in die Vollständigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Zeitungsberichte; doch selbst auf dem niedrigsten Niveau waren sieben von zehn Personen mit der Integrität und dem Detailreichtum der Berichte zufrieden.

Medien. Die Zahl der regelmäßigen Zeitungsleser unter der AMZON-Wohnbevölkerung sank zwischen Januar und Oktober 1946 um 13 Prozentpunkte auf 63 Prozent. Drei zwischen Januar und Dezember 1946 durchgeführte Erhebungen zeigten, dass knapp über die Hälfte der Bevölkerung Radio hörte.

Politik. Das behauptete politische Interesse stieg zwischen Oktober 1945 und Juni 1946 schrittweise an und fiel dann nach dem Abschluss der allgemeinen Wahlen stark ab. Der Anteil der Menschen, die politische Versammlungen für sinnvoll hielten, stieg zwischen November 1945 und März 1946 von 60 auf 72 Prozent. Bis Mitte des Sommers 1946 hatte die CDU/CSU in der amerikanischen Zone mit 40 Prozent die meisten Mitglieder oder Anhänger zu verzeichnen, gefolgt von der SPD, der 30 Prozent den Vorzug gaben. Spätere Untersuchungen zeigten, dass die SPD zwar nicht substantiell zulegte, die CDU/CSU aber etwa zehn Prozent ihrer Anhängerschaft verlor, von denen die meisten keiner Partei mehr den Vorzug geben wollten. Weniger als einer von zehn unterstützte die LDP/DVP, zwischen zwei und drei Prozent bevorzugten die KPD. In Bayern war die CSU (ca. 40 Prozent) die führende Partei; an die zweite Stelle kam die SPD, für die sich etwa drei von zehn aussprachen; etwa ein Viertel gab keiner Partei den Vorzug; KPD und LDP konnten je etwa fünf Prozent der Bevölkerung für sich gewinnen; und drei bis vier Prozent unterstützten die WAV. In Berlin verbesserte sich die SPD von einem Tiefststand von 36 Prozent im Frühjahr 1946 auf 68 Prozent im Dezember 1946; weniger als zwei von zehn bevorzugten die CDU; und sehr wenige Menschen gaben keine Parteipräferenz an.

Neuorientierung. Obwohl etwa 35 Prozent der Bevölkerung die Besatzung für eine Demütigung hielten, sahen etwa 55 Prozent dies nicht so. Im Verlauf von elf zwischen November 1945 und Dezember 1946 durchgeführten Erhebungen war ein Schnitt von 47 Prozent der Bevölkerung der Meinung, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee gewesen, die nur schlecht umgesetzt wurde; 41 Prozent hielten ihn für eine schlechte Idee; 12 Prozent hatten keine Meinung. Der Prozentsatz, der mit dem Entnazifizierungsprozess zufrieden war, sank von 57 Prozent im März 1946 auf 34 Prozent im Dezember. Der Anteil der deutschen Bevölkerung, der weder den Kommunismus noch den Nationalsozialismus befürwortete, stieg zwischen November 1945 und November 1946 von 22 auf 66 Prozent. Die Zahl der Anhänger des Kommunismus ging zurück, die Anhänger des Nationalsozialismus blieben konstant, während die Zahl jener, die keine Meinung hatten, merklich sank. Etwa sieben von zehn hielten die Deutschen nicht für den Krieg verantwortlich. Annähernd eine von drei Personen machten sich Sorgen um Gerüchte, und das am häufigsten vernommene Gerücht war ein bevorstehender Krieg mit der Sowjetunion. Nur die Hälfte der Befragten gab an, sich über politische Ereignisse ausreichend informiert zu fühlen. Eine Mehrheit der Bewohner der amerikanischen Zone war der Meinung, der Wiederaufbau Deutschlands sei am besten durch „harte Arbeit“ zu erreichen. Zwischen zehn und 15 Prozent hofften auf einen neuen starken Führer und/oder die Wiedergeburt der alten nationalen Gesinnung.

Quelle: A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys*. Urbana, IL, 1970, ff. 160-63.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Erica Fisher